

PROTESTE

GEGEN DIE NATO-KRIEGSTAGUNG

SAMSTAG, 4. FEBRUAR 2012 IN MÜNCHEN



AFGHANISTAN Das Märchen vom Truppenabzug

In diesen Tagen wird der Bundestag das neue Mandat über die Verlängerung des Bundeswehr-Einsatzes beschließen. Der Beschlussantrag der Bundesregierung sieht vor, dass im kommenden Jahr „bis zu 4.900 Soldatinnen und Soldaten mit entsprechender Ausrüstung eingesetzt“ werden. Das ist im Vergleich zu heute eine Truppenreduzierung von gerade einmal 100 Soldatinnen und Soldaten. Derzeit sind 4.987 Bundeswehrsoldaten im Einsatz.

Nicht im Beschlussteil, sondern in der Begründung des Antrags erwägt die Bundesregierung bis 2013 eine weitere Reduzierung auf 4.400 Soldaten, allerdings nur „soweit die Lage dies erlaubt“. Deutschlands Kriegsminister erklärte inzwischen, dass der Abzugstermin 2014 „sachlich falsch“ sei. Auch in Zukunft müssten „afghanische Militär-Operationen mit ausgewählten Hochwertigkeiten der Bundeswehr unterstützt werden“. Außerdem, die geplante Ausbildung der afghanischen Streitkräfte „machen bei uns nicht die Sanitäter, sondern natürlich Infanteristen. Und das sind kampffähige Truppen“.

Während der Afghanische Präsident Karzai immer wieder beteuert, er werde weiter daran arbeiten, Reformen voranzutreiben, versicherten die Regierungen der NATO-Staaten auf der Bonner Afghanistan-Konferenz Anfang Dezember, dass auch nach dem offiziell verkündeten Abzugstermin 2014 die militärische Dauerpräsenz der NATO – wenn auch mit geringerem Personal – mindestens bis 2024 fortgesetzt werde. Erst auf dem NATO-Gipfel im Mai 2012 soll ein gemeinsames Konzept beschlossen werden, wie die afghanischen Sicherheitskräfte nachhaltig aufgestellt, ausgebildet, ausgestattet und finanziert werden können.

Die afghanischen Sicherheitskräfte sollen deshalb bis Ende 2012 auf eine Stärke von insgesamt 352.000 Mann aufgerüstet werden. Klar ist aber schon jetzt, dass sich diese riesige Armee niemals über den afghanischen Staatshaushalt finanzieren lässt. Der afghanische Finanzminister rechnete auf der Konferenz in Bonn vor, dass für die afghanischen Sicherheitskräfte Kosten von zusätzlich sechs Milliarden Euro jährlich entstehen. Die derzeitigen Staatsausgaben Afghanistans liegen bei 1,3 Milliarden Euro. Sie werden zu 90 % von den westlichen Ländern finanziert.

Bilanz nach 10 Jahren Krieg ...

In Afghanistan herrscht heute weder Demokratie noch Sicherheit. Nach Angaben der unabhängigen Menschenrechtsorganisation „Afghanistan Rights Monitor“ (ARM) in Kabul sind im Jahr 2010 mehr als 2.400 Zivilisten getötet und rund 3.300 verletzt worden. Das sind so viele wie noch nie seit Kriegsbeginn 2001.

Auch der vom Westen versprochene Wohlstand ist bisher bei der Bevölkerung nicht angekommen. Nach 10 Jahren NATO-Krieg und Besatzung leiden heute acht Millionen Menschen in Afghanistan an Hunger und Unterernährung, die durchschnittliche Lebenserwartung ist auf 46 Jahre gesunken. Der einzige blühende Wirtschaftszweig ist – mit 90 Prozent der Weltproduktion – der Opiumhandel. Afghanistan ist inzwischen zum Drogenzentrum der Welt geworden. Seit 2001 ist dessen Opium-Produktion um 4400% angestiegen, und nach dem letzten Bericht der UN-Drogenbehörde vom Oktober noch einmal um 61 Prozent seit 2010. Die wichtigsten Ministerien in der afghanischen Regierung sind unter regionalen Warlords und der Drogenmafia aufgeteilt. Trotz unzähliger Beteuerungen Karzais, die Korruption im Land bekämpfen zu wollen, steht Afghanistan in der von „Transparency International“ veröffentlichten Welttrangliste korrupter Staaten weiterhin auf dem vorletzten Platz.

... kein Ende in Sicht

Während die Regierungen der NATO-Staaten vom „Abzug“ und der Übergabe der „Verantwortung an die afghanische Regierung“ reden, eskalieren sie den Krieg. Die von „Wikileaks“ veröffentlichten US-Geheimdokumente belegen die rücksichtslosen NATO-Bombardements, die Tötung von Zivilisten an Kontrollposten und bei Häuserdurchsuchungen, den Einsatz unbemannter Kampfdrohnen, bei denen jedes Mal zahllose Menschen ermordet werden, und die systematische Vertuschung dieser Verbrechen.

Dies alles geschieht mit Billigung Deutschlands und unter aktiver Beteiligung der Bundeswehr. Dagegen gehen wir auf die Straße.



Die Münchner „Sicherheitskonferenz“ – eine Kriegstagung

Gebetsmühlenartig behauptet Konferenzleiter Wolfgang Ischinger, auf der SIKO gehe es ausschließlich um die Frage, „wie der Frieden auf der Welt gesichert werden kann“. Mit der Realität hat diese schönfärbische Selbstdarstellung allerdings rein gar nichts zu tun. Die SIKO ist eine Versammlung der wirtschaftlichen und politischen Machtheiter der NATO und EU-Staaten zu dem Zweck, sich über gemeinsame Strategien zur Aufrechterhaltung ihrer globalen Vorherrschaft zu verständigen. Die Debatten auf der SIKO drehen sich nicht um die „Sicherung des Friedens“, sondern um die Durchsetzung der global-strategischen Interessen der westlichen Staaten.

Von den auf der SIKO 2011 gehaltenen mehr als 40 Reden waren gerade mal vier Beiträge, die nicht aus der Großfamilie der NATO- und EU-Staaten stammten. Von den insgesamt rund 340 Tagungs-Teilnehmern der SIKO 2011 kamen 300 aus den NATO- und EU-Mitgliedsländern, weitere 22 kamen aus Ländern, die mit der NATO verbündet oder von ihr abhängig sind. Gerade mal 22 Konferenzteilnehmer kamen aus Ländern, die weder Mitglied der NATO oder der EU und auch nicht zu ihren engen Verbündeten zählen. Darunter war Russland mit 18 Teilnehmern am stärksten vertreten. Mehr als 90 Prozent aller Konferenzteilnehmer gehörten also zur Großfamilie der NATO und EU.

Wirtschaft – Rüstung – Krieg

Die wichtigste Neuerung seit Ischingers Amtsantritt ist die enge Verkopplung der wirtschaftlichen mit den politisch-militärischen Führungseliten. „Die Wirtschaft enger in die Konferenz einzubinden“ und das Spektrum der Themen zu erweitern, gehöre zum „neuen Konferenzformat“, sagt Ischinger. Es gehe um einen erweiterten Sicherheitsbegriff. „Die neuen strategischen Herausforderungen der internationalen Sicherheitspolitik“, erklärt er, könnten „ohne Beteiligung der Wirtschaft nicht mehr umfassend erörtert werden“.

Ischinger hat deshalb ein neues Kooperationsgremium aus Vertretern internationaler Wirtschafts- und Finanzkonzerne geschaffen, das an der Planung, Finanzierung und Durchführung der Sicherheitskonferenz mit-

wirkt. Entsprechend groß ist deshalb auch die Zahl der Top-Manager und Chefs internationaler Wirtschaftskonzerne unter den Teilnehmern der SIKO. 2011 waren 32 weltweit operierende Wirtschafts- und Finanzkonzerne mit 40 Teilnehmern vertreten, sechs davon kamen aus den USA. Vertreten waren auch fünf der größten Rüstungskonzerne, davon war einer aus den USA.

Neu ist auch, dass Themen wie „Sicherung der Energieversorgung“ im Jahr 2010 oder die „weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise“ im Jahr 2011 in das SIKO-Tagungsprogramm aufgenommen wurden.

Die offiziellen Sponsoren

THE LINDE GROUP – u.a. mit den Geschäftsfeldern Tanklager, Industriegase, Erdgasverflüssigung, Petrochemie-Anlagen / KRAUS MAFFEI WEGMANN – Europas führender Panzer-Konzern / Der Münchner Automobilkonzern BMW / BARCLAYS – der drittgrößte Finanzkonzern Großbritannien / Der französische Luft- und Raumfahrtkonzern THALES / Das Tochterunternehmen des EADS-Rüstungskonzerns CASSIDIAN / DLA-PIPER – das weltweit größte Anwaltsunternehmen.

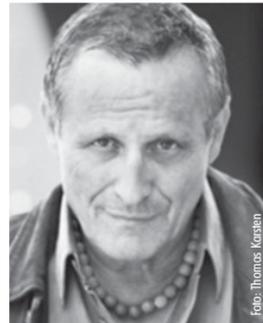
Inoffizieller Sponsor

ist der ALLIANZ-Konzern, für den Ischinger als Generalbevollmächtigter für Regierungsbeziehungen tätig ist. Besonders spendabel zeigen sich die Rüstungskonzerne: die Fünf-Gänge-Menüs bei der SIKO werden regelmäßig von EADS und Krauss-Maffei gesponsert.

Bundesregierung: Drahtzieher u. Finanzier

Seit Jahrzehnten ist die ehemalige Wehrkundetagung und heutige Sicherheitskonferenz Chefsache: Heute bezeichnet die Bundesregierung die SIKO als „eine der bedeutendsten sicherheitspolitischen Konferenzen weltweit“, um die Militärpolitik Deutschlands mit den NATO-Verbündeten abzustimmen. Die SIKO wird deshalb auch seit Jahrzehnten großzügig mit Finanzspritzen aus dem Bundshaushalt bezuschusst: Die Konferenz selbst erhielt in der Vergangenheit ein jährliches Budget von rund 430.000 Euro. Der Einsatz von Bundeswehr und der Bundespolizei während der „Sicherheitskonferenz“ kostete die Steuerzahler zusätzlich rund 580.000 Euro.

GROSSDEMONSTRATION mit Konstantin Wecker



Die Logik des Krieges wird von Großmacht bis Kleinstaat überall durchgesetzt. Ohne Unterlass werden Konflikte weltweit und gezielt angeheizt, um Waffen zu verkaufen – und hinterher heißt es dann: leider, leider müssen wir diese Waffen jetzt benutzen, um den Frieden wiederherzustellen ...

Nein, liebe Freunde! Auf diesen blutigen Leim gehe ich nicht. Nicht im Kosovo, nicht in Afghanistan und auch nicht in Libyen. Nur der Frieden selbst schafft und sichert den Frieden.

Kein einziger Politiker soll mir noch irgend etwas erzählen von irgendwelchen Kriegseinsätzen, die notwendig wären um die Menschenrechte zu schützen, solange der Rüstungsdeal mit den Saudis nicht offen gelegt und vor allem beendet wird.

„Wir brauchen Spinner und Verrückte / Es muss etwas passieren / Wir sehen doch, wohin es führt / Wenn die „Normalen“ regieren / Empört euch / Beschwert euch / Und wehrt euch / Es ist nie zu spät!“

und Malalai Joya aus Afghanistan



Malalai Joya wurde 2005 als jüngste Abgeordnete ins afghanische Parlament gewählt. Sie kämpft unermüdlich für die Rechte der unterdrückten Frauen, gegen die ausländischen Besatzer, gegen den Einfluss der Islamisten und die Macht der Warlords in Afghanistan. Aufgrund ihrer scharfen Kritik am korrupten Karzai-Regime wurde sie im Mai 2007 aus dem Parlament ausgeschlossen.

Sie sagt: „Die westlichen Medien sprechen von Demokratie und Befreiung Afghanistans. Doch die USA und ihre Verbündeten sind damit beschäftigt, unser verwundenes Land in ein Land der Kriegsherren, der Verbrecher und der Drogenbarone zu verwandeln. Jetzt sind die Führer der Nordallianz die entscheidenden Machthaber, und unser Volk ist eine Geisel in den Händen dieser rücksichtslosen Killerbande. Viele von ihnen sind verantwortlich für das Abschichten von Zehntausenden in vergangenen Jahrzehnten. Trotzdem nehmen sie wichtige Regierungsämter ein.“